

Sachdokumentation:

Signatur: DS 5028

Permalink: [www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5028](http://www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5028)



### Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

### Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

# KONZERN- VERANTWORTUNG

Infoblatt für Parlamentarier:innen  
Sommersession 2024

## INTERNATIONAL

- Europäische Konzernverantwortungsrichtlinie (CSDDD) final verabschiedet
- Verbot von Zwangsarbeits-Produkten und neue Umweltkriminalitätsrichtlinie

## SCHWEIZ

- Politik und Wirtschaft fordern Konzernverantwortung in der Schweiz

## HANDLUNGSBEDARF

- Syngenta-Kaffee von Farmen mit sklavereiähnlichen Zuständen
- Kinderarbeit für Schoggi von Lindt & Sprüngli
- In der «Vorzeigemine» fehlten Sicherheitsvorkehrungen



# Europäische Konzernverantwortungsrichtlinie (CSDDD) final verabschiedet

Am 24. Mai 2024 verabschiedete der Ministerrat der Europäischen Union die neue EU-weite Konzernverantwortungsrichtlinie (Corporate Sustainability Due Diligence Directive CSDDD). Die Richtlinie tritt damit diesen Sommer in Kraft, alle EU-Staaten müssen sie innerhalb von zwei Jahren ins nationale Recht überführen.

Damit werden alle Unternehmen ab 1'000 Mitarbeitenden und einem Umsatz von 450 Millionen Euro, die ihren Sitz in einem EU-Land haben, dazu verpflichtet, bei ihren Geschäften Menschenrechte und Umweltstandards verbindlich einzuhalten (mehr Details auf der nächsten Seite).

## Breite Unterstützung in Europa

Während den Diskussionen über die neue EU-Richtlinie traten zahlreiche Unternehmen an die Öffentlichkeit, um sich für die neuen Konzernverantwortungsregeln auszusprechen – darunter bekannte Firmen wie H&M, Lidl, Aldi, Unilever, BAYER, Volvo, Scania, adidas, Danone, Ferrero, Mutti, Nokia, Electrolux, Lego oder L'Oréal sowie zahlreiche KMU und KMU-Verbände.

Die finale Version der Richtlinie wird von Vertreter:innen aller politischer Lager mitgetragen: Bereits im EU-Parlament stimmte bei der Verabschiedung am 24. April 2024 eine deutliche Mehrheit von 374 zu 235 Stimmen zu. Im Ministerrat stellte sich eine Mehrheit der Staaten, die gemeinsam mehr als 65 % der Bevölkerung der EU vertreten, hinter die Richtlinie. Auch anfängliche Kritiker der Richtlinie wie Schweden stimmten dem Kompromiss am Schluss zu. Es gab mehrere Enthaltungen, doch kein einziges Land stimmte schlussendlich dagegen.

**A fair and sustainable future for people and planet**

With the CSDDD, the European Union is set to make the largest businesses on the single market future-proof. The European political institutions have shown leadership and carefully consulted with relevant stakeholders. The outcome of this process is a law that creates a level playing field. It fosters collaborative approaches on sustainability between business partners.

We, large companies, SMEs and networks, are already jointly working towards this future every day. Because respecting people and the planet is the only way of doing business properly. It is part of our companies' value proposition. We believe taking responsibility and stepping up to the challenge is part of genuine entrepreneurship and corporate citizenship.

The CSDDD is substantially aligned with the international standards on Responsible Business Conduct. This makes it credible and its implementation manageable. At the same time, it is ground-breaking as it makes due diligence mandatory for companies that are in scope across the EU. This will raise the level of ambition, which is urgently needed.

**We support the CSDDD and call on European decision makers to do so as well.**

### EU-Lieferkettengesetz: Kompromiss blockieren heißt Rechtsunsicherheit schaffen

Als große, mittlere und kleine Unternehmen und ihre Netzwerke sind wir tief besorgt, dass die Unterstützung Deutschlands zur Corporate Sustainability Due Diligence Directive (CSDDD) im Zustimmungsverfahren noch scheitern könnte. **Entsprechend groß ist unsere Sorge, dass aktuell eine deutsche Enthaltung in Erwägung gezogen wird.**

Der politische Kompromiss zur CSDDD von Dezember letzten Jahres lehnt sich stark an die UN- und OECD-Standards an und baut damit auf Leitlinien auf, an denen sich verantwortungsvolle Unternehmen seit Jahren orientieren. **Die Vorgaben der CSDDD sind aus unserer Sicht angemessen und umsetzbar.**

Wir stehen am Ende eines vierjährigen demokratischen Gesetzgebungsverfahrens, in dessen Verlauf die Perspektiven verschiedener Stakeholder einbezogen und Kompromisse vereinbart wurden und wir erwarten von Bundeskanzler Olaf Scholz, dass er diesen demokratisch gefundenen Kompromiss sichert und den Unternehmen damit Rechtssicherheit und faire Wettbewerbsbedingungen ermöglicht.

**Jetzt besteht die historische und vorerst einzige Chance auf ein EU-weites Level Playing Field. Insbesondere für deutsche Unternehmen.**

**Folgende Unternehmen und Netzwerke unterstützen das Statement:**

Business Statement Deutschland, Februar 2024



Zu allen Business Statements:

# Die Elemente der europäischen Konzernverantwortungsrichtlinie

## Sorgfaltspflicht

Konzerne müssen bei ihren Geschäften dafür sorgen, dass keine Menschenrechte oder Umweltstandards verletzt werden. Das betrifft beispielsweise den Einkauf von Rohstoffen oder den Vertrieb hochgiftiger Pestizide.

## Aufsicht

Die EU sieht in jedem Mitgliedstaat die Schaffung einer unabhängigen Aufsicht vor, die die Einhaltung der Pflichten kontrolliert und bei Verstößen sowohl die Herstellung des ordnungsgemässen Zustands anordnen als auch umsatzabhängige Bussen verhängen kann.

## Klimapflicht

Konzerne müssen einen Plan entwickeln, wie sie ihre Geschäftstätigkeit mit dem Pariser Klimaziel in Einklang bringen und diesen umsetzen. Dabei müssen sie sowohl direkte als auch indirekte Emissionen berücksichtigen.

## Haftungsbestimmungen

Führt eine Verletzung der Sorgfaltspflicht zu einem Schaden, sollen Betroffene die Möglichkeit erhalten, beim betreffenden Konzern Schadenersatz einzufordern. Dabei sieht die EU in gewissen Fällen auch eine Haftung für Zulieferer vor.

---

# Verbot von Zwangsarbeits-Produkten und neue Umweltkriminalitätsrichtlinie

Neben der übergreifenden Konzernverantwortungsrichtlinie (CSDDD) führt die EU aktuell eine Reihe weiterer Sorgfaltspflichten für Unternehmen für spezifische Problembereiche ein. Damit sollen Produkte, die zur Abholzung von Wäldern beitragen oder unter menschenunwürdigen Bedingungen geschürfte Rohstoffe enthalten, vom EU-Binnenmarkt ferngehalten werden (siehe Infoblatt Wintersession 2023).

Nun steht die EU kurz vor der finalen Verabschiedung einer Verordnung, die den Verkauf von unter Zwangsarbeit hergestellten Produkten auf dem EU-Markt verbietet. Solche Produkte sollen von den Zollbehörden an der Grenze gestoppt oder, wenn sie sich schon im Verkauf befinden, konfisziert werden.

Am 26. März 2024 verabschiedete der EU-Rat zudem eine Revision der Umweltkriminalitätsrichtlinie, die

für Privatpersonen und Unternehmen bei gravierenden Umweltverbrechen wie illegalem Holzhandel oder dem verbotenen Einsatz von Chemikalien hohe Gefängnisstrafen und Bussen vorsieht. Hierbei ist insbesondere interessant, dass die EU explizit die Option vorsieht, dass Mitgliedstaaten auch Umweltverbrechen ausserhalb ihres Hoheitsgebiets verfolgen können, wenn diese «zugunsten einer in seinem Hoheitsgebiet niedergelassenen juristischen Person begangen» werden.

**Mehr Infos:**



# Politik und Wirtschaft fordern Konzernverantwortung in der Schweiz

Rund um die finale Verabschiedung der neuen Konzernverantwortungsrichtlinie in der EU äusserten sich in der Schweiz verschiedene Stimmen, die einen raschen Nachvollzug fordern.

Das Komitee «Appell für Konzernverantwortung im internationalen Gleichschritt» vereint über 150 kantonale und nationale Politiker:innen aller Parteien sowie zahlreiche Unternehmer:innen und forderte am 1. Juni 2024 in der Aargauer Zeitung, dass der Bundesrat nun rasch eine Vorlage präsentiert, um eine Deblockade im Dossier Konzernverantwortung zu erreichen.

Auch die IG Detailhandel (Coop, Migros, Denner) machte gegenüber dem Blick (24. April 2024) klar, dass sie in der Schweiz eine Regelung wünschen, die jener der EU entspricht, «um Doppelspurigkeiten zu vermeiden und eine konsistente Gesetzgebung und somit Rechtssicherheit zu gewährleisten».

## Schweiz wird abgehängt

Während die EU bereits 2014 eine Richtlinie mit Berichterstattungspflichten in Bezug auf Nachhaltigkeit für Unternehmen verabschiedet hat, müssen Unternehmen in der Schweiz erst diesen Frühling erstmals Nachhaltigkeitsberichte publizieren. Da aber die Berichterstattungspflichten in der EU bereits 2022 weiterentwickelt wurden (CSRD), drängt sich nun kurz nach Einführung bereits eine Anpassung auf, die der Bundesrat diesen Sommer in die Vernehmlassung schicken möchte.

In der Interpellation 23.4388 warf Ständerätin Isabelle Chassot (Die Mitte/FR) die Frage auf, ob der Bundesrat die Revision der Berichterstattungspflichten nicht besser mit einem möglichen Nachvollzug der EU-Konzernverantwortungsrichtlinie (CSDDD) kombinieren wolle. Damit müssten sich die betroffenen Konzerne nur einmal auf neue gesetzliche Vorgaben einstellen und es könnte schnell Klarheit und Rechtssicherheit geschaffen werden. Doch der Bundesrat sieht von einer Kombination ab und schiebt die Diskussion um Konzernverantwortung weiter auf, wodurch die Schweiz bald zum einzigen Land in Europa ohne Konzernverantwortung wird.

## Neue Konzernverantwortungsinitiative

Wie die Koalition für Konzernverantwortung bereits Ende November 2023 angekündigt hat, bereitet sie aktuell die Lancierung einer neuen Konzernverantwortungsinitiative vor, damit der Bundesrat das Thema nicht mehr länger auf die lange Bank schieben kann. Die Initiative soll in den nächsten Monaten lanciert werden.

## Mehr Infos zum

### Appell für Konzernverantwortung:



Der Bund, 3. Juni 2024

Aargauer Zeitung, 1. Juni 2024



# Syngenta-Kaffee von Farmen mit sklavereiähnlichen Arbeitsbedingungen

Seit Jahren ist bekannt, dass es auf Kaffeeplantagen in Brasilien zu gravierenden Menschenrechtsverletzungen kommt. Wie eine neue Recherche zeigt, ist auch der Schweizer Agrarchemie-Konzern Syngenta über seine Tochterfirma Nutrade Commercial Exportadora Ltd. tief ins Geschäft mit dem problematischen Kaffee verwickelt: So bezog der Konzern in mehreren Fällen Kaffee von Farmen, auf denen gemäss den brasilianischen Behörden «sklavereiähnliche» Arbeitsbedingungen herrschten. Die Arbeiter:innen – darunter einige Minderjährige – hatten zum Teil keinen Arbeitsvertrag,

waren unterbezahlt und verfügten oft nicht über die gesetzlich vorgegebene Schutzausrüstung. Sie waren teilweise unter prekärsten Bedingungen untergebracht und hatten weder Zugang zu Trinkwasser noch zu Toiletten. Besonders stossend: Syngenta reagierte in einigen Fällen nicht mal dann, als die Probleme auf den Farmen aufflogen.

Mehr Infos:



Blick,  
3. Februar 2024

# Kinderarbeit für Schoggi von Lindt & Sprüngli

Kinderarbeit ist in der Kakaoproduktion ein weitverbreitetes Problem. Gemäss einer Studie der Universität Chicago aus dem Jahr 2020 arbeiten rund 1,5 Millionen Kinder in der Kakaoproduktion in der Elfenbeinküste und Ghana. Doch obwohl die Schokoladenindustrie seit Jahren verspricht, sich gegen Kinderarbeit zu engagieren, ist bisher wenig passiert. Nun zeigten im Januar Recherchen der SRF-Rundschau, dass Kakao aus Kinderarbeit auch beim Schweizer Schokoladenkonzern Lindt & Sprüngli und seinem Genfer Lieferanten ECOM, einem der grössten Kakaohändler weltweit, landet. Während die Marketingvideos von Lindt & Sprüngli die Bekämpfung der Kinderarbeit als «höchste Priorität» darstellen und gemäss konzerneigenen Angaben pro hundert Kontrollen gerade mal ein Fall von Kinderarbeit entdeckt wird, zeigt die Rundschau ein anderes Bild: Gleich mehrfach treffen die Reporter auf Kinder, einige erst im Kindergartenalter, die auf den Kakao-plantagen schwere Kakaoschoten schleppen.



SRF Rundschau vom 10.1.24

Mehr Infos:



# In der «Vorzeigeminne» fehlten wichtige Sicherheitsvorkehrungen

Im Mai 2023 kamen bei einem schweren Unfall in der peruanischen Goldmine «La Esperanza» in Yanaquihua 27 Minenarbeiter auf tragische Weise ums Leben, als in einem der Stollen ein Brand ausbrach. Die Schweizer Goldraffinerie Metalor ist Alleinabnehmerin des Goldes aus dieser Mine und müsste entsprechend sicherstellen, dass bei der Goldförderung grundlegende Sicherheitsstandards eingehalten werden. Doch wie ein Untersuchungsbericht der peruanischen Behörden Anfang 2024 zeigte, scheinen sich sowohl Metalor als auch die UBS und verschiedene Schweizer Schmuckkonzerne, die das Gold aus der Mine abnahmen, nicht um die gravierenden Sicherheitsrisiken gekümmert zu haben: So gab es in der Mine weder ein Warnsystem noch einen Evakuierungsplan. Die Notausgänge waren nicht beschildert, die Schutzräume mangelhaft ausgerüstet und in den Schächten lag Sprengstoff herum. Mehr als fraglich bleibt, wie die Swiss Better Gold Initiative zum Schluss kam, die peruanische Unfallmine als besonders nachhaltig vermarkten zu können.



Mehr Infos:

## Aargauer Zeitung

### Nachhaltigkeit oder Scheinheiligkeit?

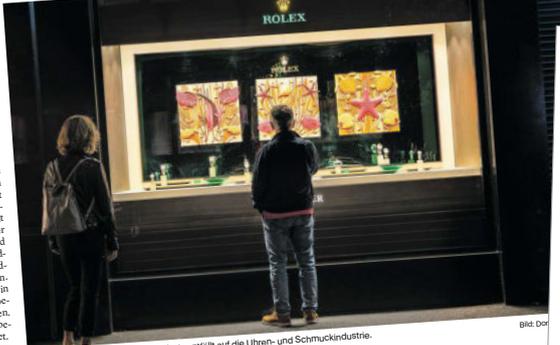
Im Goldbergbau herrschen oft prekäre Bedingungen. Obwohl es Versuche gibt, dies zu ändern, bleibt in der Schmuckindustrie viel zu tun.

Ann-Kathrin Amstutz

Das Unglück ereignet sich am 6. Mai 2023 mitten in der Nacht. In einer Goldmine im peruanischen Yanaquihua bricht ein Feuer aus. Giftige Gase lassen die Gänge im Inneren des Berges zu einer tödlichen Falle werden. 27 Bergleute verlieren in jener Nacht ihr Leben.

Die Mine, die den Namen «Esperanza» oder «Hoffnung» trägt, ist Teil eines Schweizer Vorzeigeprojektes – der «Swiss Better Gold Initiative». Via Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) wird sie auch mit Bundesgeldern unterstützt. Rote Kreuze mit 6 Millionen Franken über vier Jahre. Damit sollen soziale und ökologische Prozesse im handwerklichen und kleinen Goldbergbau gefördert werden. Heisst auch: Eigentlich sollten die Minen wie der «Esperanza» besonders hohe Standards gelten. Schließlich wird das Gold als besonders nachhaltig vermarktet.

Ein vorläufiger Untersuchungsbericht der peruanischen Behörden stellt jedoch kurz nach dem Unfall massive Sicherheitsmängel in der Mine fest. Die Bedingungen seien gefährlich gewesen: schädlicher Dampf und Staub, zu hohe Temperaturen, unzureichende Belüftung. Zudem habe es an Aufsichtspersonen, Warnsystemen und Brandschutz gemangelt. Der detaillierte Bericht steht noch aus.



Die Hälfte des weltweiten Goldbedarfs entfällt auf die Uhren- und Schmuckindustrie.

«Wenn man die ganze Lieferkette nachhaltig gestalten will, verneuert das die Produkte um den Faktor zwei bis drei.»

Bundesdecker flossen an die Mine

gestagt. Doch weitaus der grösste Bedarf herrscht in der Schmuckindustrie. Auf sie entfällt die Hälfte des globalen Goldbedarfs, wie Zahlen des Interessenverbandes World Gold Council zeigen. Rund 2200 Tonnen Gold fließen jährlich in Juwelierprodukte. Wie können die Uhren- und Schmuckhersteller kontrollieren, ob ihre Lieferketten nachhaltig

zum Einsatz. Durch mineralische Analysen lässt sich laut Müller zwar bestimmen, aus welcher Region das Gold stammt, aber nicht, aus welcher zwei Strategien, Widerstand und trotzdem, möglich, rechte und unrichtige Produkte anbieten würden sich mit

das auf. Der Genfer Uhren- und Schmuckhersteller produziert unter anderem seit 25 Jahren die gelbene Palme für das Filmfestival von Cannes. Auf der Website des Herstellers steht, zu 100 Prozent

NZZ am Sonntag

## Die zertifizierte Katastrophe

Die Schweiz hat ein Bergwerk in Peru für nachhaltigen Goldabbau ausgezeichnet. Dann geschah das Unfassbare. Ein Untersuchungsbericht zeigt nun gravierende Sicherheitsprobleme. Von Georg Humbel

Ein Bergwerk in Peru, das als nachhaltig und sozial verantwortlich bezeichnet wird, ist in Wirklichkeit ein Ort der Katastrophe. In der Schweizer Goldraffinerie Metalor, die das Gold aus dieser Mine abnimmt, sind die Sicherheitsstandards katastrophal mangelhaft. Ein Untersuchungsbericht der peruanischen Behörden zeigt, dass in der Mine weder ein Warnsystem noch ein Evakuierungsplan existiert. Die Notausgänge sind nicht beschildert, und in den Schächten liegt Sprengstoff herum. Mehr als fraglich bleibt, wie die Swiss Better Gold Initiative zum Schluss kam, die peruanische Unfallmine als besonders nachhaltig vermarkten zu können.



schweren Brand ausbrach. In der Nacht vom 6. auf den 7. Mai 2023 ereignete sich in der peruanischen Goldmine «La Esperanza» in Yanaquihua ein schweres Unglück. 27 Bergleute verloren ihr Leben. Die Mine, die den Namen «Esperanza» trägt, ist Teil eines Schweizer Vorzeigeprojektes – der «Swiss Better Gold Initiative». Via Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) wird sie auch mit Bundesgeldern unterstützt. Rote Kreuze mit 6 Millionen Franken über vier Jahre. Damit sollen soziale und ökologische Prozesse im handwerklichen und kleinen Goldbergbau gefördert werden. Heisst auch: Eigentlich sollten die Minen wie der «Esperanza» besonders hohe Standards gelten. Schließlich wird das Gold als besonders nachhaltig vermarktet.

Ein vorläufiger Untersuchungsbericht der peruanischen Behörden stellt jedoch kurz nach dem Unfall massive Sicherheitsmängel in der Mine fest. Die Bedingungen seien gefährlich gewesen: schädlicher Dampf und Staub, zu hohe Temperaturen, unzureichende Belüftung. Zudem habe es an Aufsichtspersonen, Warnsystemen und Brandschutz gemangelt. Der detaillierte Bericht steht noch aus.

Aargauer Zeitung, 7. Februar 2024

NZZ am Sonntag, 14. Januar 2024

# Impressum

Dieses Infoblatt wird von der Koalition für Konzernverantwortung publiziert und informiert über aktuelle Entwicklungen im Bereich Wirtschaft und Menschenrechte. Die Koalition für Konzernverantwortung vereint über 80 Menschenrechts- und Umweltorganisationen sowie Entwicklungsorganisationen.

## KOALITION FÜR KONZERNVERANTWORTUNG

Monbijoustrasse 31, Postfach, 3001 Bern

031 390 93 36

info@konzernverantwortung.ch

www.konzernverantwortung.ch

